Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 45 (1951)
Heft: 5

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wenn sie finden, daß sämtliche Kommunisten plötzlich auf unerklärliche Weise gestorben sind, werden sie eben jedem andern folgen, der ihnen Abhilfe zu schaffen verheißt. Die Asiaten und Afrikaner werden weiter kämpfen oder planen, um die weißen Leute hinauszuwerfen. Die Hungrigen werden weiter kämpfen oder planen, um zu essen zu kriegen. Diese Völker sind in Bewegung ... Der Gedanke, wir könnten eine stabile Welt bekommen, wenn wir Rußland einschüchtern oder besiegen, ist darum widersinnig ...

Unsere einzige Chance liegt darin, daß wir etwas zur Lösung des wirklichen Problems tun. Zu diesem Zweck müssen wir nicht nur auf die Russen hinschauen, sondern auf die zwei Milliarden andern Menschen, denen sie Hilfe anbieten. Was brauchen sie? Was hat nach ihrer Meinung zu geschehen, damit die Welt für sie erträglich wird?

Wenn wir erst einmal den kindischen Glauben aufgeben, allein die Russen stünden zwischen der Menschheit und einem dauerhaften Frieden, können wir auch wieder zu denken anfangen. Und wenn wir denken, dann werden wir eine vernünftige Außenpolitik finden, die sich auf Tatsachen gründet und nicht auf Phantasien.»

Worte, die der gesunde Menschenverstand selber eingegeben hat! Aber wer hört noch auf so etwas im heutigen Amerika?

10. Mai. *Hugo Kramer.*

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Ihr Patriotismus Die eidgenössischen Räte haben uns dieses Frühjahr eine eindrucksvolle Lektion in Patriotismus gegeben. Die beispiellos ausschweifende Rüstungsvorlage, die der Bundesrat ihnen unterbreitet hatte, haben sie zwar im Handumdrehen und ohne grundsätzliche Bedenken – wer hat so etwas noch in dieser Zeit antikommunistischer Massenangst? – fast einmütig angenommen, obschon über die militärtechnische Zweckmäßigkeit wesentlicher Teile der vorgesehenen Maßnahmen lebhafte Meinungsverschiedenheiten bestehen. Als es dann aber ans *Zahlen* ging, da streiften die großen Patrioten auf einmal all die gleißnerischen Hüllen, in die sie sich sonst zu kleiden lieben, mit einer derartigen Ungeniertheit, ja eigentlichen Schamlosigkeit ab, daß der ganze Entwurf für die Deckung der Rüstungsausgaben an den Bundesrat zurückgewiesen wurde. Und der hat nun als Strafaufgabe ein neues Finanzprogramm auszuarbeiten, das auf die Erwerbs- und Besitzinteressen all diejenige Rücksicht nehmen muß, die in unserer «reinen» Demokratie ernstlich geboten ist.

Angefangen hat das erhebende Schauspiel mit dem organisierten Widerstand gegen eine Getränkesteuer, gegen die alles, was irgendwie am Alkoholgenuß interessiert ist, aufgeboten wurde, mit dem Erfolg, daß der Nationalrat diesen Anschlag auf die heiligsten Güter der Nation mit beträchtlicher Mehrheit abwies. Er stimmte dann zwar der verstümmelten Deckungsvorlage in der Gesamtabstimmung dennoch zu; die Opposition gegen die Zuschläge auf die eidgenössische Wehrsteuer, die den Schwerverdienern ein besonderer Anstoß sind, äußerte sich nur in einer auffallend hohen Zahl von Stimmenthaltungen. Dafür ging dann der Ständerat, dieser zuverlässige Hort aller klassenegoistischen Besitzinteressen, um so offener aufs Ganze, indem er gegen nur neun Stimmen die Deckungsvorlage in Bausch und Bogen verwarf. Und das machte dann schließlich auch dem Nationalrat Mut, dem Bundesrat seinen ganzen Finanzierungsplan vor die Füße zu werfen, nachdem ein Antrag auf Wiederaufnahme der Getränkesteuer mit knapper Mehrheit abgelehnt worden war.

Die Folge ist, daß nun über die neue Deckungsvorlage von Räten und Volk nicht vor Jahresende beschlossen werden kann und die verhaßten Wehrsteuerzuschläge mindestens für 1951 nicht erhoben werden. Ob sie überhaupt noch einmal auftauchen,

bleibt abzuwarten; wahrscheinlich wird es so herauskommen, daß die Hauptlast der Kriegsrüstung in Form von Verbrauchs- und Umsatzsteuern, Zöllen und dergleichen von den wirtschaftlich schwächeren Volksschichten getragen werden muß, während die zahlungskräftigen Kreise um eine nennenswerte Neubelastung herumkommen und in den nun aufzunehmenden großen Bundesanleihen Kapitalanlagen finden werden, deren Sicherheit sie wohl zu schätzen wissen. Ob das «Friedensopfer» des Besitzes, das die Sozialdemokratische Partei durch ein Volksbegehren erzwingen will, wirklich zustande kommt, mag zweifelhaft erscheinen, wenn man sich an den schweren Mißerfolg erinnert, den nach dem ersten Weltkrieg die Initiative für die Erhebung einer bescheidenen Vermögensabgabe erlitten hat. Immerhin: die Sozialdemokratie wird mit dem Lärm, den sie um die Opferidee herum veranstalten wird, wenigstens die Aufmerksamkeit vieler ihrer Anhänger von ihrem gänzlichen Versagen im Kampf gegen die Kriegsrüstungen selbst abzulenken vermögen, und das ist in der heutigen Lage ein nicht zu unterschätzender Vorteil...

Was man aber von der Vaterlandsliebe einer Besitzerklasse zu halten hat, die dank den massiven Militärrüstungen ihre ganze Stellung – auch in internationaler Sicht – wesentlich zu stärken imstande ist, aber vollkommen versagt, wenn es um die tätige *Beweisung* nationaler Solidarität im Lastentragen geht, das wird bei dieser Gelegenheit hoffentlich auch von etlichen derjenigen Bürger begriffen werden, die noch nicht sehen, wie eng auch die Kriegsrüstung der Schweiz mit dem nun im Weltmaßstab geführten Klassenkampf des konservativen Bürgertums zusammenhängt. Wir unserseits haben keinen Zweifel daran, daß ein Regiment, das aus Angst vor der sozialen Revolution anderthalb Milliarden Franken in zusätzliche Waffenrüstungen steckt, seine sozialen Aufgaben – z. B. den Wohnungsbau – aber ebenso sträflich vernachlässigt wie seine internationalen Solidaritätspflichten (für die 14 Millionen heimatlosen Europäer hat es ganze drei Millionen Franken übrig, für die verhungernden Inder gar nichts) – wir sind längst überzeugt, daß dieses Regime sein Lebensrecht verwirkt und seine Lebenskraft erschöpft hat. Es wird über kurz oder lang fallen, so fest und sicher es scheinbar immer noch dastehen mag, und sein Fall wird groß sein.

Demokratiebegeisterte Lehrer

Dieses Geschick werden auch Schutz- und Stützungsmaßnahmen nicht abwenden können, wie sie letzthin der *Zürcherische Lehrerverein* gegenüber dem gefürchteten Umsturz ergreifen zu sollen für gut befunden hat. Der Standesorganisation der stadtzürcherischen Lehrer mit ihren 1300 ordentlichen Mitgliedern gehörten bisher auch fünf Lehrer an, die bei der Partei der Arbeit eingeschrieben sind und dort mehr oder weniger wichtige Ämter bekleiden. Das ist weiter wirklich nichts Besonderes, aber es war dennoch mehr, als der Lehrerverein vertragen konnte. Seine staatstreuesten Mitglieder empfanden es «als Belastung, einer Vereinigung anzugehören, die Parteigängern der östlichen Diktatur die Mitgliedschaft gewährte, trotzdem diese unter Umständen bereit sein würden, die Schweiz dem Schicksal eines Satelliten zuzutreiben». Und so kam denn die Sache vor die Hauptversammlung, die nach langer Beratung mit 210 gegen 54 Stimmen die fünf Kommunisten wirklich aus dem Verein ausschloß. Die Partei der Arbeit, so wird zur Begründung angeführt, sei eben «keine Partei im schweizerischen Sinne», sondern «eine Organisation landesverräterischen Charakters», und ihren Mitgliedern könnten gewisse von der Demokratie sonst gewährte Rechte nicht mehr zugestanden werden, weil «Grund zur Annahme» (!) bestehe, «es könnte später in ihrem Schutze gefährliche Totengräberarbeit geleistet werden». (Vgl. «Schweizerische Lehrerzeitung», Nr. 16.)

Soweit die Tatsachen. Sagen wir zuviel, wenn wir behaupten, daß sie den Protest all derjenigen Bürger herausfordern, denen die Kommunistenpsychose noch nicht das Vertrauen auf die Selbstheilkräfte einer gesunden Demokratie geraubt hat? Die von dem Ausstoßungsbeschluß des zürcherischen Lehrervereins betroffenen PdA-Mitglieder haben zwar wenig Anlaß, sich über ihnen angetanes Unrecht zu beklagen. Wer eine bestimmte staatliche Ordnung nötigenfalls mit Gewalt zu stürzen bereit ist, dem steht es schlecht an, den Entrüsteten zu markieren, wenn die Vertreter dieser

Ordnung im gleichen Geiste zurückschlagen, aus dem er selber handelt. Aber den ausschlußfreudigen Lehrern und Lehrerinnen – *denen* muß man nun gerade das sagen, daß sie im Grunde dem gleichen Geist der Unduldsamkeit und Gewalttätigkeit verfallen sind, den sie ihren PdA-Kollegen vorwerfen, nur daß er sich in der entgegengesetzten Richtung äußert. Gewiß hat auch die Demokratie nach herrschender Auffassung das Recht zur Notwehr – aber doch nur, wenn sie unmittelbar bedroht ist und «kein andres Mittel mehr verfängt». Und von einem solchen Notstand kann für die schweizerische Demokratie vorläufig in keinerlei Weise die Rede sein. Die Partei der Arbeit bildet für unsere demokratischen Einrichtungen gegenwärtig und für alle absehbare Zukunft keine wirkliche Gefahr, eine viel geringere jedenfalls als gewisse andere Mächte, die schon seit langem unter uns am Werke sind, die Demokratie auszuhöhlen und sie ihres wirklichen Sinnes zu berauben. So haben denn sogar die Bundesbehörden, denen es kaum am Willen zur Unterdrückung des Kommunismus fehlt, bisher keinen Anlaß gehabt, die Partei der Arbeit zu verbieten. Warum mußte also der zürcherische Lehrerverein Mitglieder einer Partei ausstoßen, die sich in der ganzen Schweiz im Rahmen der Gesetze frei bewegen und betätigen darf? Er hat es ja seinerzeit nicht einmal für nötig befunden, die frontistischen und nazifreundlichen Lehrer – und es gab deren mehr als fünf – auszuschließen, obwohl damals Frontismus und Nazismus eine ungleich realere Gefahr für die Schweiz darstellten, als es heute die Partei der Arbeit tut!

Wie man die Sache auch ansieht: der Ausschluß der PdA-Lehrer kann nur als Bekundung eines Antikommunismus erklärt werden, der schon so maß- und kopflos geworden ist, daß ihm schon das bloße *Dasein* von Kommunisten, noch ganz abgesehen von ihrer Staatsgefährlichkeit, völlig unerträglich wird, und dem die bloße «Annahme», die fünf Lehrer könnten später einmal «Totengräberarbeit» an der schweizerischen Demokratie leisten, vollauf genügt, um sie mit Schimpf und Schande aus den heiligen Hallen des Lehrertempels fortzujagen. Mit der gleichen Begründung müßten nun freilich auch die Mitglieder der Partei der Arbeit aus den Gemeinde- und Kantonsräten wie aus dem Nationalrat ausgeschlossen werden. Ja, die nicht wenigen Eidgenossen, die überzeugt sind, daß der internationale Kapitalismus und der politische Katholizismus eine viel größere Bedrohung für die Demokratie und das Leben der Schweiz bedeuten als der Kommunismus, könnten jetzt mit Berufung auf die Grundsätze, die zum Ausschluß der PdA-Lehrer gezwungen hätten, die gleiche Maßnahme auch gegenüber den Vertretern der erwähnten «staatsgefährlichen» Gebilde verlangen. Natürlich denkt niemand daran, solche Schlußfolgerungen zu ziehen. Warum mußte dann aber der zürcherische Lehrerverein einen Weg beschreiten, dessen Fortsetzung sich im Absurden verlieren würde?

Mit all dem ist nicht gesagt, daß der Kommunismus überhaupt nicht bekämpft werden müsse. Er *muß* bekämpft werden – aber mit Waffen, die dem Geiste der Demokratie entsprechen: dadurch nämlich, daß man den Kommunisten die Demokratie *vorlebt*, daß man den *Ursachen* des Kommunismus mit ganzem Ernste zu Leibe rückt, und daß man die notwendige soziale Umwälzung selber an die Hand nimmt also den Kommunismus überflüssig macht. Aber eben – hier versagt unsere Demokratie auf entscheidende Art, versagt auch der zürcherische Lehrerverein. Wohl wird in der «Lehrerzeitung» am Schluß auch noch geschwind versichert, daß wie der versklavende Kommunismus, so auch ein versklavender Kapitalismus zu bekämpfen sei. Aber das sind ja doch in *diesem* Zusammenhang nichts als leere Worte, hinter denen keine beweiskräftige Tat steht. Die antikapitalistische Gesinnung eines Teiles der Lehrervereinsmitglieder in allen Ehren; aber daß der Lehrerverein *als solcher* gegen den Kapitalismus und dessen Vertreter ebenso scharf auftrete, wie er es als Verein gegenüber dem Kommunismus und dessen Anhängern tut, davon hat man noch nie etwas vernommen. Und tatsächlich ist ja auch die Methode der Unduldsamkeit und Ausschließlichkeit, die nun auch der zürcherische Lehrerverein gegenüber dem Kommunismus anwendet, nur ein armseliger Ersatz für die *rechte* Art und Weise, den Kommunismus zu bekämpfen. Man beruft sich auf den Buchstaben der Demokratie, um ihren Geist zu verleugnen. Man klammert sich an ihre äußere Form, um

mit ihrem Inhalt nicht ernst machen zu müssen. Das aber ist keine *lebendige* Demokratie mehr, das ist erstarrte, vergreiste Demokratie, die wahrlich keine kommunistische Totengräberarbeit mehr braucht, die sich vielmehr selber das Grab schaufelt. *Hier*, in *dieser* Gesinnung und Haltung, liegt die wirkliche Gefahr für unsere Freiheit und unser Land. Und darum glaubten wir das Vorgehen des zürcherischen Lehrervereins als ebenso bedenkliches wie bezeichnendes Symptom unserer geistigen Lage auch an dieser Stelle zur Sprache bringen zu müssen, sowenig welterschütternde Wirkungen es im übrigen auch haben mag.

10. Mai. *Hugo Kramer.*

Nachschrift. Dem Schreibenden sind nachträglich einige Einzelheiten des Verfahrens gegen die fünf PdA-Lehrer zur Kenntnis gekommen, die die ganze Sache *noch* bedenklicher erscheinen lassen. Zunächst scheint die rechtliche Grundlage des Verfahrens ziemlich brüchig zu sein. Wohl kann sich der Lehrerverein auf Art. 72 ZGB berufen: «Die Statuten können die Gründe bestimmen, aus denen ein Mitglied ausgeschlossen werden darf, sie können aber auch die Ausschließung ohne Angabe der Gründe gestatten.» Der Lehrerverein hat es in seinen Statuten vorgezogen, die Ausschlußgründe einzeln aufzuzählen: Widerhandlung gegen die Zwecke des Vereins, Ungehorsam gegen die Beschlüsse und Anordnungen der Vereinsorgane oder Gefährdung der Interessen der Lehrerschaft. Das ist alles. Der Präsident erklärte, die PdA-Mitglieder würden wegen Gefährdung der gewerkschaftlichen Interessen der Lehrerschaft ausgeschlossen, nannte aber keinen einzigen Fall einer solchen Gefährdung, berief sich vielmehr – auf Art. 72 ZGB, der aber nur besagt, daß die *Statuten* keine Ausschlußgründe vorsehen müssen. Auch die bereits oben erwähnte Behauptung, die PdA sei keine Partei im herkömmlichen Sinn, ist eine zum mindesten fragwürdige Rechtfertigung für die Nichtbeachtung jener andern Bestimmung der Statuten, wonach der Lehrerverein parteipolitisch neutral sein soll. Das Willkürhafte des Ausschlußverfahrens wird dadurch jedenfalls besonders stark unterstrichen. Ferner scheint es, daß ein Vereinsmitglied ausgeschlossen wurde, das *nicht* der PdA angehört – eine Lehrerin, die Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, deren Mann aber der PdA angehört. Daß die wirtschaftliche Existenz der Ausgeschlossenen nunmehr sehr gefährdet ist, versteht sich von selbst. Der Lehrerverein wird sich im Fall ihrer Anfechtung bei der Wiederwahl *nicht* für sie einsetzen, während er seinerzeit mit Erfolg für die Wiederwahl eines Angehörigen der Gruppe der bekannten «Zweihundert» eingetreten ist, der wegen seiner «Anpassergesinnung» scharf angefochten worden war. H. K.

Vorstandssitzung des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten

12.–14. Mai 1951 auf Schloß Heiligenberg bei Jugenheim, Darmstadt

Auf dem erhöht gelegenen Schloß Heiligenberg, in einer großartigen Landschaft, inmitten herrlicher grüner und blutroter Buchen, kamen die Vorstandsmitglieder des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten zusammen, um sich über Stand und Tätigkeit der religiös-sozialen Bewegung ihrer eigenen Länder sowie über die Abhaltung und Gestaltung einer Konferenz im Jahre 1952 auszusprechen. Neben der Schönheit der Natur trug auch die fürsorgliche Hausmutter des Schlosses (welches ein pädagogisches Seminar beherbergt), die uns liebevolle Verpflegung und Unterkunft und eine gemütliche, heimatliche Atmosphäre schuf, dazu bei, die Mühen der teils friedlichen, teils spannungsreichen Sitzungen und Diskussionen leichter zu ertragen.

Außer dem Präsidenten, Pfr. Bachmann, und der Aktuarin, Frl. Dr. Christine Ragaz, waren die Vorstandsmitglieder Mogard (Schweden), Nordvik (Norwegen), Metzger (Deutschland), Ruitenberg (Holland), Voge (Frankreich) sowie Hugo Kramer